

am 10. November zu beenden, stieß vor allem aus diesem Grund bei der »Initiative Bleiberecht« auf heftige Kritik. Die gesamte Struktur der »Initiative« war darauf ausgerichtet, vor dem Hintergrund des laufenden Streiks den Diskussionsprozeß und inhaltlichen Austausch zwischen den linken Initiativen zu forcieren. Die Aktionen der Roma lieferten dazu das brennende Treibmittel. Solch ein groß-angelegte Mobilisierung von Betroffenen gegen das Vertreibungsurteil der Ausländerbehörden hat es, so schätzte man in der »Initiative« richtig ein, noch nie in der bundesdeutschen Geschichte gegeben. Noch in den Vorstellungen einer Avantgarde-Rolle verfangen, sahen sich die Wortführer der »Initiative« - ehemals GAL-Fachgruppe »Immigranten und Flüchtlinge« - dafür verantwortlich, der Bewegung der Roma zu einem prinzipiellen politischen Durchbruch in Sachen Ausländer- und Asylpraxis zu verhelfen.

Doch je mehr die Roma ihre bundesweit-koordinierte, selbständige Arbeit intensivierten, umso mehr wuchs das Bedürfnis der »Initiative« nach Feindbildern

Zur Begründung des selbständigen Kurs zur Unterstützung der Roma-Aktionen konstruierten die »Initiative«-Sprecher einen inhaltlichen Positionengegensatz mit der RCU: Die Forderung der RCU an den Hamburger Senat nach einem Bleiberecht der in Hamburg lebenden Roma wollten sie als Kapitulation verstehen, da sie nicht das allgemeine Bleiberecht in der Bundesrepublik einklage. Die Absurdität dieser Interpretation zeigte sich in aller Deutlichkeit spätestens vier Wochen nach Beendigung des Streiks in Hamburg, als RCU-Aktivistinnen aus Hamburg an der Mobilisierung hunderter Roma-Familien im Ruhrgebiet maßgeblich beteiligt waren.

Doch je mehr die Roma ihre bundesweit-koordinierte, selbständige Arbeit intensivierten, umso mehr wuchs das Bedürfnis der »Initiative« nach Feindbildern. Oliver Neß, freier Mitarbeiter der taz-Hamburg, der den Kampf der Roma verfolgt und darüber ausführlich berichtet hatte, veröffentlichte am 11.9.89, zwei Tage nach Beendigung des Streiks in Hamburg, einen Artikel mit der Überschrift: »Die RCU verhandelt heimlich«. Darin bezichtigte er RCU-Vorsitzenden Rudko Kawczynski, die große Mehrheit der in Hamburg lebenden Roma verraten zu haben, indem er sich angeblich in Geheimgesprächen mit Innensenator Hackmann auf eine »Kleinlösung« - den Verbleib von rund dreihundert Menschen, die Ausweisung der anderen - eingelassen hätte.

Den Artikel hatten nach Angaben von Unterstützern Personen aus der »Initiative« lanciert, »um vor Kompromissen mit dem Staat zu warnen«, wie es Initiative-Sprecherin Christina Kukielka ausdrückte. Ihre Meinung zum Verhalten der »Initiative Bleiberecht« äußerte dann die RCU in einem vier-seitigen Papier, das sehr gezielt an Mitglieder der Unterstützerguppen verteilt wurde. Darin kritisiert die RCU, nach einjähriger Zusammenarbeit mit der »Initiative«, die anfängliche Mitarbeit der Initiativenmitglieder an den kirchlichen »Betreuungsmodellen«, Gespräche zwischen Unterstützern und den Behörden - darunter

mit Kultursenator Ingo von Münch - zum Thema »Roma«, die ohne Wissen der Betroffenen stattfanden, eigene Aufrufe mit Forderungen im Namen der Roma, und schließlich die Diffamierungen in der Presse.

Das Papier regte eine sehr fruchtbare und solidarische Diskussion über den Charakter der Zusammenarbeit mit verschiedenen Freunden der Roma und Unterstützerguppen an, fiel jedoch bei der »Initiative Bleiberecht« auf taube Ohren. Der Entwurf sei nicht von den Roma, wußte gerade Christina Kukielka zu berichten, sondern von einem jüdischen RCU-Mitarbeiter »auf RCU-Papier« verfaßt worden. Die Erklärung dafür sei »der Haß« dieses Juden »als Jude und Immigrant« - gemeint war ich selbst - »gegen alle Deutschen«. Der Vorwurf des unterschweligen Antisemitismus, der dann von einem jüdischen Kollegen, dem Journalisten Michel Lang, kam, wußte selbst die GAL in einer öffentlichen Stellungnahme abzutun: »Juden dürfen wie alle Menschen auch sich schlecht benehmen und dafür getadelt werden«. Töne, die an die Fassbinder-Debatte vor einigen Jahren erinnern, als Juden, die gegen die Darstellung eines »jüdischen Spekulanten« protestierten, der »Ablenkung einer antikapitalistischen in eine Antisemitismus-Diskussion« bezichtigt wurden.

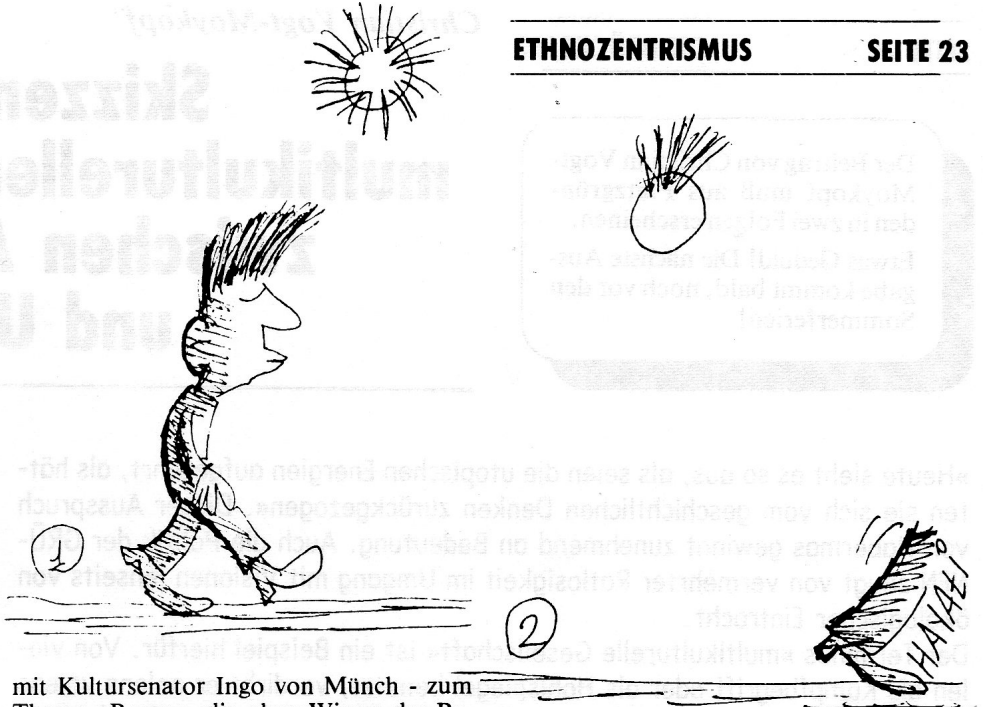
Der Haß...

Die einkehrende Ruhe an der Hamburger Roma-Front und die Bestrebungen der RCU, behördliche Mittel für eigene Projekte einzuwerben, machten die »Initiative Bleiberecht« und die ihr nahestehende taz-Hamburg noch mißtrauischer.

Unterschriftenlisten der Roma, die den Behörden in den vergangenen Monaten mehrmals als Petitionen überreicht worden waren, wurden auf taz-Seiten zu »Listen von Roma, deren Verbleib dem RCU-Vorsitzenden besonders am Herzen lag« (taz-HH, 16.1.90). Rudko Kawczynski selbst wurde überschriftlich zum »listenreichen RCU-Vorsitzenden« erklärt (ebd.).

Die Beratungsstelle der RCU, die bei der Sozialbehörde zwei neue Stellen für die Beratung bisher heimatloser Roma beantragte, wurde zur »Roma-Sortierstelle der RCU« gemacht (taz-HH, 23.12.89).

Der Haß gegen alles, was nach »System« riecht, und gleichzeitig die eigene Frustration, kaum mehr als die paar hundert



Stamm-Revolutzler mobilisieren zu können, betäuben die linke Initiativenlandschaft. Ihr Neid gegenüber einer Bürgerrechtsbewegung, die nicht von ihnen selbst, sondern von anderen, von Betroffenen, geführt wird, nimmt an den Biertischen des Hamburger Schanzenviertels die zügellose Form paranoider Verschwörungstheorien an. »Ein Mittel dieses Staates zur Sicherung seiner Herrschaft ist nämlich die Verhinderung von Solidarität«, schreibt die »Initiative Bleiberecht« in einer Stellungnahme am 21.12.89. Die Erfolge des Streiks und der Bewußtseinswandel unter den Roma, die jetzt ihre Rechte einklagen, gelten für die »Initiative« lediglich als ein böser Trick, als eine beabsichtigte Täuschung der anti-imperialistischen Front.

Die Gründe für diese unschöne Auseinandersetzung mögen an einem echten Interessenkonflikt zwischen der Vertretung einer Minderheit und den Sprechern der Mehrheits-Linken liegen. Es ist in erster Linie die Unfähigkeit dieser letzteren, die Asymmetrie der jeweiligen Bewegungen zu begreifen. Statt sich im historischen Konflikt zwischen den Roma und der deutschen - oder gar weiß-europäischen - Gesellschaft hinter die Bewegung der Roma zu stellen, sehen sie als »betroffene Deutsche« - als Linke, als Frauen, als AKW-Gegner und HausbesetzerInnen - ein gleichberechtigtes Anliegen in einer gesellschaftskritischen Gesamtfront. Doch diese Gesamtfront ist für die Roma - wie auch für die anderen ethnischen Minderheiten - fiktiv; sie setzt sich erst dann für sie ein, wenn sie als Betroffene selbst agieren, und auch dann - nur bedingt, und von ethnozentrischen Vorurteilen noch stark befleckt.

Wenn es darauf ankommt, entpuppen sich die Erklärungen der linken deutschen Immigrantinnen- und Flüchtlingsgruppen für die Selbstorganisation der vom Rassismus betroffenen Minderheiten als leere, unverbindliche Lippenbekenntnisse. Eine gemeinsame, mehrere Konflikt- und Politikbereiche umfassende Bürgerrechtsbewegung ist in der Bundesrepublik jedoch noch eine Illusion. Trotz des verbreiteten bedingungslosen und echten Ausdrucks der Solidarität vieler sind im Moment die Roma - wie immer in ihrer Geschichte - in erster Linie auf sich selbst angewiesen.

